

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Rates am 14.07.2026
(12. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung.....	4
1 Verleihung von Ehrennadeln	4
2 Einwohnerfragestunde	4
3 Vorstellung der Ergebnisse der Testphase der Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis Neuss.....	4
4 Anpassung der Gebührensatzung für die Städtische Musikschule vom 05.07.2024 Vorlage: FB3/0361/2026	5
5 Anpassung der Satzung der VHS Vorlage: FB3/0352/2026	5
6 Satzung der Stadt Meerbusch über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zur Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes im Ortskern des Stadtteils Osterath (Neufassung der Gestaltungssatzung Osterath) Vorlage: FB4/0293/2026/1	6
7 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0358/2026.....	7
8 Beschluss zur Veränderung der Einzelveranschlagungshöhe investiver Maßnahmen im Haushaltsplan Vorlage: SB8SFI/0349/2026	8
9 I. Änderung zur Geschäftsordnung des Rates vom 20. November 2025 Vorlage: SB9JR/0342/2026	8
10 Anträge.....	9
10.1 Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Austritte von Vereinigungen Vorlage: SB9JR/0643/2026	9
10.2 Antrag der Fraktion LiGaPa vom 03.07.2026 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: SB9JR/0649/2026	9
10.3 Antrag der Fraktion LiGaPa vom 13.07.2026 bzgl. Ausschussbesetzung Vorlage: SB9JR/0654/2026	10
11 Anfragen.....	10
11.1 Anfrage der Fraktion AfD vom 02.07.2026 bzgl. Umsetzung des Hitzeaktionsplans Vorlage: SB9JR/0289/2026.....	10
11.2 Anfrage der Fraktion AfD vom 02.07.2026 bzgl. Nutzung städtischer Liegenschaften und Räumlichkeiten durch politische Parteien, Fraktionen und deren Jugendorganisationen Vorlage: SB9JR/0291/2026	10
12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	10
13 Termin der nächsten Sitzung: 03. November 2026.....	10
14 Verschiedenes	10

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers

Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Utkan Armutlu	Ratsmitglied
Herr Christian Bößen	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Olaf Geißler	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied
Herr Stefan Mosch	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Frau Lydia Tittes	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied
Herr Peter Vossen	Ratsmitglied
Herr Markus Walke	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Ratsmitglied
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied
Herr Christoph Weigele	Ratsmitglied
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

Frau Inga Werner

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens

Ratsmitglied

Herr Karl Trautmann

Ratsmitglied

von der AfD-Fraktion

Herr Christian Berlin

Ratsmitglied

Herr Zacharias Schalley

Ratsmitglied

von der LiGaPa-Fraktion

Herr Jürgen Peters

Ratsmitglied

Frau Ludmilla Savichev

Ratsmitglied

Herr Andreas Wagner

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Dieter Schmoll

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker

Dezernent

Herr Andreas Apse

Erster und Technischer Beige-
ordneter

Frau Franziska Salomon

Ratsbüro

Herr Dr. Marc Saturra

Leiter Justizariat und Ratsbüro

Herr Christian Volmerich

Stadtkämmerer

Schriftführer

Herr Tim Hofmeister

Referent des Bürgermeisters

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Hoppe

Ratsmitglied

Herr Daniel Thywissen

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Georg Neuhausen

Ratsmitglied

von der AfD-Fraktion

Herr Sven Becker

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Frau Bettina Scholten

Beigeordnete

Herr Bürgermeister Bommers eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Meerbusch und begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Vertreterin der Presse, Frau Sözen von der Kreispolizeibehörde des Rhein-Kreises Neuss, Herrn Fadi von den Stadtwerken sowie die Damen und Herren des Rates und der Verwaltung.

Öffentliche Sitzung

1 Verleihung von Ehrennadeln

Herr Bürgermeister Bommers verleiht dem Rats Herrn Markus Frank (CDU), der Ratsfrau Sarah Winter (Bündnis 90/Die Grünen) sowie dem sachkundigen Bürger und ehemaligem Rats Herrn Joachim Quaß (Grün alternativ) die Ehrennadel und spricht ihnen Dank und Anerkennung für den langjährigen Einsatz sowie das engagierte Wirken zum Wohle der Stadt Meerbusch aus.

2 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin erfragt, ob im Zuge der Sanierung der L137 der Radweg zwischen Haus Meer und Bovert ebenfalls saniert werde. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass dies der Fall sei. Hierfür sei jedoch der Landesbetrieb Straßen.NRW verantwortlich.

3 Vorstellung der Ergebnisse der Testphase der Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis Neuss

Frau Sözen berichtet zunächst über die im Jahr 2024 durch eine Projektgruppe durchgeführte Wachdienstuntersuchung. Dabei wurden die Wachstrukturen der Polizeibehörde analysiert. Die Untersuchung habe ergeben, dass Verbesserungspotenziale bestehen. Hierüber habe sie bereits in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Innovationsausschusses am 19. Februar 2026 berichtet.

Seit März 2026 sei mit einer Pilotphase zur Umstrukturierung im Norden des Rhein-Kreises Neuss begonnen worden. Diese Pilotphase sei inzwischen abgeschlossen. Zwischenzeitlich habe die Landrätin entschieden, die im Rahmen der Pilotphase eingeführte Struktur dauerhaft beizubehalten.

Die Evaluation sei im Hinblick auf die Qualität und Effizienz der Polizeiarbeit erfolgt. Ziel sei es gewesen, die Auslastung der Einsatzkräfte zu verbessern, die Führungsstrukturen zu entlasten und zu stärken sowie eine bessere Verteilung der personellen Ressourcen zu erreichen. Hierzu seien insbesondere die Einsatzreaktionszeiten, die Präsenz und Ansprechbarkeit für Bürgerinnen und Bürger, die Verfügbarkeit von Führungskräften im Sinne kollegialer Beratungen, die Ressourcenverteilung und die damit verbundene Möglichkeit, personelle Ausfälle zu kompensieren, sowie die Zufriedenheit der Mitarbeitenden betrachtet worden. Nach mehreren Auswertungen während der Pilotphase habe man in nahezu allen untersuchten Bereichen positive Ergebnisse festgestellt.

Herr Bürgermeister Bommers greift die Ausführungen auf und teilt mit, dass ihm keine auffällige Beschwerdelage bekannt geworden sei. Trotz der anfänglichen Skepsis seitens der Politik und der Stadtverwaltung habe sich die neue Struktur aus seiner Sicht bewährt. Er betont, dass für die Stadt Meerbusch die dauerhafte Besetzung der Wache in Büderich von besonderer Bedeutung sei.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt aus, dass die dargestellten Ergebnisse ohne konkrete Auswertungen und entsprechende Kennzahlen für sie nicht nachvollziehbar seien und bittet um entsprechende Konkretisierung.

Ratsherr Jörgens schließt sich dem an. Er führt weiter aus, dass er sich nach einem angemessenen Zeitraum eine Evaluation der neuen Struktur wünsche. Nach seiner subjektiven Wahrnehmung habe sich beispielsweise im Stadtteil Büderich die Präsenz der Polizei deutlich erhöht. Er habe Verständnis dafür, dass umfassende Umstrukturierungen zunächst Sorgen und Ängste hervorrufen könnten. Das

vorliegende Beispiel zeige jedoch, dass es sich lohnen könne, Veränderungen offen und mutig anzugehen, da diese – wie hier – letztlich zu positiven Ergebnissen führen könnten.

Frau Sözen bedankt sich für das Feedback und die wahrgenommene erhöhte Präsenz. Auch diese Kennzahl sei in allen Städten je nach Stadtteil erfasst worden. Selbstverständlich werde man auch künftig die Prozesse weiter evaluieren und prüfen. Als Beispiel für eine konkrete Verbesserung nennt sie die Verteilung der Personalressourcen. Eine Dienststelle mit lediglich zwölf Polizeibeamtinnen und -beamten sei von personellen Ausfällen naturgemäß deutlich stärker betroffen. In solchen Fällen hätten bislang regelmäßig Einsatzkräfte anderer Dienststellen zur Unterstützung herangezogen werden müssen. Im Rahmen der Pilotphase sei die Dienststelle nun mit 27 Einsatzkräften besetzt worden, wodurch personelle Ausfälle wesentlich besser kompensiert werden könnten. Dadurch steige die Zufriedenheit der Mitarbeitenden, was im Rahmen einer Teilpersonalversammlung der Kreispolizeibehörde bestätigt worden sei. Sie greift die Wache im Stadtteil Büberich auf und sagt, dass diese auch weiterhin durchgehend besetzt bleiben solle. Gleichzeitig müsse jedoch berücksichtigt werden, dass die Wache teilweise nur von wenigen Bürgerinnen und Bürgern frequentiert werde.

4 Anpassung der Gebührensatzung für die Städtische Musikschule vom 05.07.2024 **Vorlage: FB3/0361/2026**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung für die städtische Musikschule (siehe Anlage) mit Wirkung zum 01.10.2026.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	6		6	
AfD	2	2		
LiGaPa	3	2	1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	45+1	39	7	

5 Anpassung der Satzung der VHS **Vorlage: FB3/0352/2026**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung für die Volkshochschule der Stadt Meerbusch mit Wirkung zum 01.01.2027.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		

FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	6	6		
AfD	2	2		
LiGaPa	3	2	1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	45+1	45	1	

6 Satzung der Stadt Meerbusch über besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zur Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes im Ortskern des Stadtteils Osterath (Neufassung der Gestaltungssatzung Osterath)
Vorlage: FB4/0293/2026/1

Beschluss:

1. Die Neufassung der Gestaltungssatzung über die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen zur Erhaltung und Gestaltung des Ortsbildes im Ortskern des Stadtteils Osterath der Stadt Meerbusch (Anlage 1) mit dem Geltungsbereich (Anlage 2) wird als Satzung beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung beinhaltet in der Zone I: – die Siedlungsbereiche beiderseits des Straßenzuges Kaarster Straße (ab einschließlich Hausnummer 15 und 24) – Ernst-Nüse-Platz – Hochstraße – Krefelder Straße / Strümper Straße (bis Bahnhofsweg / L 476), sowie die an den Kirchplatz angrenzenden Grundstücke; – das Gebiet beiderseits des Straßenzuges Willicher Straße (ab einschließlich Hausnummer 8) – Raiffeisenplatz – Ernst-Nüse-Platz – Meerbuscher Straße (bis einschließlich Hausnummer 56 und 57); – die bebauten Bereiche am "Erschsträßchen", beiderseits der Straße "Schützendelle" sowie Ingerweg (bis einschließlich Hausnummer 9 und 12) und am Rudolf-Bartels-Platz. Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung in der Zone II umfasst – die Flächen des Rathausparks; – die bebauten Grundstücke beiderseits der Theodor-Heuss-Straße; – die bebauten Bereiche beiderseits der Alten Poststraße sowie an der Straße "Am Plöneshof", soweit diese zwischen der Zone I und der Bahnstraße gelegen sind. Der räumliche Geltungsbereich wird in Anlage 2 durch eine entsprechende Signatur für Zone I und II parzellenscharf bestimmt.

2. Die Satzung wird im Amtsblatt der Stadt Meerbusch bekannt gemacht und am Tage nach der Bekanntmachung rechtsverbindlich. Sie ersetzt die Gestaltungssatzung Nr. 12 vom 01.03.1994.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8		8	
SPD	6	6		
AfD	2	2		
LiGaPa	3		3	

UWG/ Freie Wähler	1			1
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	45+1	34	11	1

Ratsherr Peters erklärt, dass seine Fraktion die Satzung für zu kleinteilig halte. Die Stadtverwaltung habe im Arbeitskreis deutlich gemacht, dass in der Zone 2 durch Aufstockungen von Flachdächern die Möglichkeit bestehe, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Dies sei im Arbeitskreis konsensual bewertet worden, jedoch im Nachhinein durch einen Vorschlag der CDU verhindert worden. Dies sei aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar, da hier Ästhetik über Ökologie gestellt werde.

Ratsherr Schmoll erklärt, dass seine Fraktion ein Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit von Rechtssicherheit und dem Erhalt der baulichen Qualität sehe. Es gebe zudem deutliche Stimmen aus der Bürgerschaft, die die Regelungen als eine Form der Bevormundung empfänden. Ratsherr Bertholdt entgegnet, dass das Argument der Bevormundung immer wieder vorgebracht werde. Das Baugesetzbuch (BauGB) sei jedoch geltendes Recht. Ziel der Satzung sei die Sicherstellung eines harmonischen Stadtbildes. Die Inhalte der Satzung seien in einem konstruktiven Dialog in mehreren Arbeitssitzungen erörtert worden. Eine spätere Aktualisierung könne selbstverständlich erneut beraten werden.

Ratsherr Dr. Nieberding stellt fest, dass die Annahme, Pultdächer würden zu einer geringeren Schaffung von Wohnraum führen, aus seiner Sicht nicht zutreffe. Er führt aus, dass es dem Wunsch der Anwohnerinnen und Anwohner entspreche, dass im Bereich „Am Plöneshof“ keine Flachdächer zugelassen werden sollen. Ratsherr Peters erwidert, dass dies falsch sei.

7 **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass** **Vorlage: FB1/0358/2026**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	4		4
SPD	6	6		
AfD	2	2		
LiGaPa	3	2	1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	45+1	41	1	4

8 Beschluss zur Veränderung der Einzelveranschlagungshöhe investiver Maßnahmen im Haushaltsplan
Vorlage: SB8SF/0349/2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Wertgrenze für die Einzelveranschlagung von Investitionsmaßnahmen gemäß § 41 Abs. 1 lit. h GO NRW i. V. m. § 4 Abs. 4 KomHVO NRW sowie die korrespondierenden Wertgrenzen gemäß § 13 KomHVO NRW mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2027 auf 100.000€ festzusetzen und dies ab der Haushaltssatzung 2027 entsprechend zu berücksichtigen. Abweichungen von denen im Haushalt erläuterten Maßnahmen sind dem zuständigen Fachausschuss zur Kenntnis zu geben. Nach zwei Jahren findet eine Evaluation der Vorgehensweise statt

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	6	6		
AfD	2		2	
LiGaPa	3		3	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	45+1	41	5	

9 I. Änderung zur Geschäftsordnung des Rates vom 20. November 2025
Vorlage: SB9JR/0342/2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die als Anlage 1 (Stand: 14.07.2026) beigefügte I. Änderung der Geschäftsordnung des Rates.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird bei drei Enthaltung einstimmig gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22	22		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	6	6		
AfD	2	2		
LiGaPa	3			3
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	45+1	43		3

10 Anträge

10.1 Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Austritte von Vereinigungen Vorlage: SB9JR/0643/2026

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Austritt aus den folgenden Vereinigungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt: RegioNetzWerk, Stadt Münster – Netzwerk Innenstadt NRW und Klima-Bündnis. Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, dem Rat in der auf den Austrittsbeschluss folgenden Ratssitzung über den Stand und das weitere Vorgehen der Austrittsverfahren zu berichten und anschließend fortlaufend zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22		22	
FDP	3		3	
Bündnis90/ Die Grünen	8		8	
SPD	6		6	
AfD	2	2		
LiGaPa	3		3	
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	45+1	2	44	

Ratsherr Schalley greift den Antrag auf und erklärt, dass die Rückmeldung der Stadtverwaltung auf die Anfrage für die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Innovationsausschusses vom 19. Februar 2026 geprüft und insbesondere auf mögliche Einsparpotenziale hin untersucht worden sei. Dabei habe sich gezeigt, dass zwar viele der Vereinigungen sinnvoll, jedoch die im Antrag genannten Mitgliedschaften kündigungswürdig seien.

Ratsherr Jörges stellt fest, dass die Identifizierung von Einsparpotenzialen kein exklusives Thema der AfD sei. Vielmehr würden sich alle Fraktionen regelmäßig mit der Suche nach Einsparpotenzialen befassen.

Herr Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass die Thematik rund um den Austritt aus dem Rheinischen Landestheaters im vergangenen Kulturausschuss beraten worden sei. Die Stadtverwaltung habe diesen Vorschlag verwaltungsseitig in das Gremium eingebracht. Bezüglich der übrigen im Antrag benannten Mitgliedschaften verweist er auf die Stellungnahmen der betroffenen Fachbereiche. Herr Bürgermeister Bommers erfragt, ob man das Rheinische Landestheater aufgrund der Genese zum Austritt aus dem Beschlussvorschlag streichen könne. Ratsherr Schalley stimmt dem zu.

Ratsfrau Kohn erklärt, dass sie die Argumente der Stadtverwaltung grundsätzlich unterstütze. Vor dem Hintergrund der Streichung des Mobilitätsausschusses sei der Antrag kontraproduktiv.

10.2 Antrag der Fraktion LiGaPa vom 03.07.2026 bzgl. Ausschussumbesetzung Vorlage: SB9JR/0649/2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die sachkundige Bürgerin Helen Thomee aus allen Ausschüssen zu streichen und die Rangfolge der Listen entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

10.3 Antrag der Fraktion LiGaPa vom 13.07.2026 bzgl. Ausschussbesetzung
Vorlage: SB9JR/0654/2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den sachkundigen Bürger Norbert Stirken aus allen Ausschüssen zu streichen und die Rangfolge der Listen entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

11 Anfragen

11.1 Anfrage der Fraktion AfD vom 02.07.2026 bzgl. Umsetzung des Hitzeaktionsplans
Vorlage: SB9JR/0289/2026

Herr Bürgermeister Bommers sagt, dass die Antworten zur Anfrage nunmehr vollständig vorliegen und der Niederschrift beigelegt werden.

Die Antworten können **Anlage 1** dieser Niederschrift entnommen werden.

11.2 Anfrage der Fraktion AfD vom 02.07.2026 bzgl. Nutzung städtischer Liegenschaften und Räumlichkeiten durch politische Parteien, Fraktionen und deren Jugendorganisationen
Vorlage: SB9JR/0291/2026

Herr Bürgermeister Bommers sagt, dass die Antworten derzeit zusammengestellt und schnellst möglich zur Verfügung gestellt werden.

Die Antworten können den **Anlagen 2 und 3** dieser Niederschrift entnommen werden.

12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Keine Wortmeldungen

13 Termin der nächsten Sitzung: 03. November 2026

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Meerbusch findet am 03. November 2026 statt.

14 Verschiedenes

Herr Bürgermeister Bommers greift die kürzlich eingegangene Anfrage der Fraktion LiGaPa bezüglich der Sperrungen an der Strümpfer Straße sowie der Moerser Straße auf. Zu den umfangreichen Fragestellungen seien Antworten vorbereitet worden, die der Niederschrift (**Anlage 4**) beigelegt würden. Er betont, dass die Behandlung der Anfrage aufgrund ihrer Verfristung nicht in der Sitzung erfolge. Weiter sagt er, dass die aufgeworfenen Punkte in den vergangenen Monaten und Wochen hinlänglich erklärt worden seien. Es herrsche bspw. ein intensiver Austausch zwischen den betroffenen Fachbereichen und den betroffenen Schulen sowie dem durchführenden Landesbetrieb Straßen.NRW. Selbstverständlich seien sechs Monate eine anspruchsvolle Zeit. Die Maßnahmen seien

jedoch unabweisbar notwendig. Ratsherr Peters erwidert, dass aus Sicht seiner Fraktion diverse Fragen offene seien. Beispielsweise wäre ihm nicht bekannt, ob sich die Stadtverwaltung bei Straßen.NRW um die Ausweitung auf einen Drei-Schicht-Betrieb der Baustelle zur Beschleunigung der Maßnahme bemüht hätte. Gleichmaßen gebe es offene Aspekte hinsichtlich des Schülerinnen- und Schülerverkehrs und des Umleitungsverkehrs. Man setze sich nicht für die Meerbuscherinnen und Meerbuscher ein. Er verweist auf eine umfangreiche Nachfrage der Bürgervereine Ilverich, Langst-Kierst, Niers, Lank-Latum, Strümp sowie Bösinghoven, die bislang nicht beantwortet sei.

Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass die Beantwortung des Briefes der Bürgervereine spätestens am nächsten Tag erfolge; die Antworten würden bereits vorliegen. Weiter sagt er, dass man auf sämtlichen Kanälen über die Maßnahme und die damit einhergehenden Umleitungsstrecken für Fahrzeuge und Fahrräder informiert habe. Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsel ergänzt, dass die Umsetzung dadurch erschwert werde, dass zwei maßgebliche Akteure – die Rheinbahn sowie Straßen.NRW – Arbeiten an ihrer Infrastruktur durchführen müssten. Beide planten ihre Maßnahmen über einen längeren Zeitraum und legten schließlich abgestimmte Planungen vor. Für die Stadt sei es wichtig, die Maßnahme möglichst verträglich umzusetzen. Aus diesem Grund habe eine zeitliche Abstimmung erreicht werden können. Der Mönkesweg diene lediglich als Ausweichroute für die Feuerwehr. Dort würden verschließbare Poller installiert, die ausschließlich von der Feuerwehr und den Anliegerinnen und Anliegern geöffnet werden könnten. Zudem seien bereits Verkehrsschilder mit Umleitungsempfehlungen aufgestellt worden. Die Schulen seien entsprechend informiert worden.

Ratsherr Focken moniert, dass es bereits jetzt auf nicht ausgewiesenen Umleitungsstrecken Stau gebe. Auch Parkplatzregelungen seien nicht an die Situation angepasst worden.

Ratsherr Bertholdt greift die Sperrung der Strümpfer Straße auf. Es wird darauf hingewiesen, dass im Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau gegenüber der Rheinbahn deutlich gemacht worden sei, dass die Strümpfer Straße insbesondere aufgrund der dort ansässigen Rehabilitationsklinik für Menschen mit Beeinträchtigungen von besonderer Bedeutung sei. Die derzeitige Verkehrsführung sei nicht barrierefrei. Insbesondere Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer hätten Probleme bei der Querung sowie im Begegnungsverkehr. Er bittet darum, diese Problematik an die Rheinbahn weiterzugeben.

Ratsherr Bertholdt greift anschließend die Sanierung der Moerser Straße auf und erkundigt sich, ob die Errichtung der Beleuchtung zwischen dem Haus Meer und der Straße Bergfeld im Zuge der laufenden Sanierungsmaßnahme erfolge. Herr Apsel antwortet, dass die Maßnahme weiterhin in Planung sei, jedoch zunächst nicht mit der Sanierungsmaßnahme umgesetzt werde. Für die Umsetzung erwarte der Landesbetrieb eine umfangreiche Umweltprüfung. Diese werde nun veranlasst. Vorgehen sei eine Solarlösung ohne Kabelkanäle, um Beschädigungen an den Bäumen zu vermeiden. Die Maßnahme werde im kommenden Jahr für den Haushalt angemeldet.

Ratsherr Schmoll erkundigt sich, ob das Profil der Moerser Straße im Bereich der Brücke angepasst werde, da die Brücke auf der Strecke etwa 50 cm schmaler sei als die übrige Fahrbahn. Herr Apsel antwortet, dass das gesamte Breitenprofil der Straße schmaler werde – eine Verengung auf der Strecke gebe es nicht. Herr Bürgermeister Bommers ergänzt, dass infolgedessen der Radweg breiter werde.

Ratsherr Peters erkundigt sich, ob sich die Stadtverwaltung auf den deutlich eingeschränkten Busverkehr eingestellt habe. Aus seiner Sicht müsse der Busverkehr durch den Einsatz zusätzlicher Fahrzeuge unterstützt werden. Weiterhin fragt er an, ob die Zufahrt zum P+R-Parkplatz Haus Meer weiterhin möglich bleibe und ob hinsichtlich der Bauweise der Straße eine Abstimmung mit Straßen.NRW erfolgt sei. Herr Apsel antwortet, dass die Zufahrt zum Parkplatz jederzeit möglich bleibe. Die Ausgestaltung der Bauweise obliege allein dem Eigentümer der Straße. Eine mehrschichtige Bauweise wür-

de zu deutlich höheren Kosten führen; das Budget sei jedoch begrenzt. Die Frage hinsichtlich der Busverkehre werde der Niederschrift beigelegt.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Die Rheinbahn hat mit dieser Maßnahme einen sehr hohen organisatorischen Aufwand, u.a. durch die Anpassungen des Fahrplans und der Dienstpläne des Fahrpersonals. Zudem stellt die Rheinbahn ihren Fahrgästen weitreichende Informationen an den betroffenen Haltestellen zur Verfügung. Außerdem finden die Fahrgäste in Kürze detaillierte Informationen auf der Webseite der Rheinbahn. Bereits heute stehen den Fahrgästen die neuen Fahrpläne ab dem 17. August 2026 in der Rheinbahn App und in sämtlichen Fahrplanauskünften zur Verfügung, um sich frühzeitig über die neuen Linienwege und Fahrzeiten zu informieren.

Bedingt durch die Sperrung werden bereits zusätzliche Fahrzeuge eingesetzt. Auf den Linien 830, 831 und 839 kommen insgesamt sieben Busse mehr zum Einsatz als im heutigen Zustand. Eine Angebotsausweitung im Sinne einer Taktverdichtung, müsste durch die Stadt Meerbusch bestellt werden. Die Maßnahme ließe sich durch die Rheinbahn allerdings nicht kurzfristig einrichten. Das Fahrplanangebot und die Taktung bleibt während der Sperrung bestehen.

Die Buslinie SB52 fährt heute in den Hauptverkehrszeiten in einem 20-Minuten-Takt zwischen dem Osterather Bahnhof und dem Flughafen Bahnhof. Während der schwachen Verkehrszeiten ist die Auslastung der Fahrzeuge auf dem Meerbuscher Streckenabschnitt sehr gering, sodass eine Taktverdichtung nicht nachfragegerecht wäre. Zur Verbesserung der Erschließung von Strümp fahren die Einsatzwagen zu und von den Meerbuscher Schulen morgens und nachmittags eine Schleife durch den Stadtteil, um den Schülern lange Fußwege zu und von den Ersatzhaltestellen zu ersparen.

Ratsherr Wagner erfragt weitergehend, ob der Verkehr für Schülerinnen und Schüler zum Hallenbad im Zuge des Schwimmunterrichts geklärt sei. Herr Dezernent Annacker sichert eine Beantwortung mit der Niederschrift zu.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Das Unternehmen, welches die Fahrten zum Schwimmunterricht organisiert rechnet mit einer Fahrzeitverlängerung von etwa 15 Minuten je Fahrtrichtung für den Spezialverkehr der Schülerinnen und Schüler. Wie sich die tatsächlichen Fahrzeitverlängerungen darstellen, wird sich wohl erst mit Beginn der Sperrung der Moerser Straße endgültig beurteilen lassen. Die Schulen wurden über die beim Spezialverkehr zu erwartenden Fahrzeitverlängerungen rechtzeitig und angemessen in Kenntnis gesetzt.

Ratsherr Fischer stellt fest, dass im Stadtteil Osterath im Bereich Winkler Weg/Ecke Strümpfer Straße ebenfalls eine Baustelle eingerichtet sei. Die zeitliche Überschneidung sei günstig, da die Durchfahrt ohnehin gesperrt sei. Bislang habe er zudem ausschließlich positive Rückmeldungen zur Baumaßnahme an der Haltestelle Haterheide erhalten. Er führt weiter aus, dass die Beschilderung aus Richtung Strümp kommend nicht ausreichend sei, wodurch es zu gefährlichen Situationen, insbesondere im Begegnungsverkehr mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen, kommen könne. Er regt daher an, im Bereich der Straße Am Sportplatz ein Parkverbot auszuweisen. Herr Apsel sichert zu, dies zu prüfen.

Ratsfrau Dr. Schomberg weist darauf hin, dass die Beschilderungen zu den Sperrungen in Bösinghoven aufgrund der aktuellen Baumaßnahmen nicht mehr korrekt seien. Insbesondere die Ausschilderung für Radfahrerinnen und Radfahrer sei fehlerhaft. Ratsherr Behlen stimmt dem zu und betont die Wichtigkeit für den Radverkehr. Herr Apsel nimmt den Hinweis ebenfalls auf.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Die Hinweise wurden an den zuständigen Fachbereich mit der Bitte um Prüfung und anschließende Umsetzung geeigneter Maßnahmen weitergeleitet.

Ratsherr Wagner erfragt den Sachstand der Bahnunterführung im Stadtteil Osterath. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass man einem Baubeginn im September/ Oktober gerechnet werden dürfe. Kurzfristig gebe es einen gemeinsamen Abstimmungstermin mit Straßen.NRW und dem zuständigen Ministerium.

Ratsherr Trautmann greift das zurückliegende Konzert im Open-Air-Park Düsseldorf und die damit verbundenen Lärmimmissionen auf Meerbuscher Seite auf. Er bittet um eine Kontaktaufnahme der Stadtverwaltung mit der Landeshauptstadt Düsseldorf. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass ihm die Beschwerdelage bekannt sei. Er habe bereits Kontakt mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Keller aufgenommen und auf die Belange der Meerbuscherinnen und Meerbuscher hingewiesen.

Meerbusch, den 27. Juli 2026

Christian Bommers
Bürgermeister

Tim Hofmeister
Schriftführer